

Ercheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Nachmittag nur abends. Abonnementpreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Berliner Volks-Zeitung mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Abend-Ausgabe

Sonabend, 20. März 1909

Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49. Telefon: Amt 1, Nr. 4011-4018.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W. Verlag: Dr. Rudolf Wolff, Berlin SW.

Die Stromzöllnerei.

Von Georg Cotheln, D. o. R.

Zugendschicklich um dem Freisinn eine besondere Freude zu machen, ist die 'Wagabunde' der Gegenwart erschienen, durch die die 'Wagabunde' der Gegenwart...

Auf das Drängen der Agrarier ist in das Wassertraktat jene Bestimmung gekommen, wonach vor dessen endgültiger Durchführung, d. h. vor Eröffnung der durch dieses Gesetz bewilligten Wasserstraßen, die Abgaben auf den bisher freien Strömen eingeführt werden müssen.

Für die Abgabefreiheit auf dem Rhein und der Elbe bildet die Reichsverfassung zwar eines der sichersten Bollwerke, aber keineswegs das letzte, und auch wenn die Verfassung geändert wird, bleibt die Reichsverfassung abrig, und es ist nicht anzunehmen, daß die Holländer sich dazu verstehen werden, diese Abgabefreiheit zu befechtigen.

Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen, es sei denn die Voraussicht, daß die Blockadattaker der freisinnigen Volkspartei auch diese Tat der agrarischen Regierung als eine große 'Erzürnungsjacht' des Volkliberalismus preisen werden.

Württemberg für die Nachschauer.

Wie uns aus Stuttgart telegraphisch gemeldet wird, gab in der Sitzung der württembergischen Finanzkommission der Finanzminister v. Gehlke die Erklärung...

Die österreichische Mobilmachung.

Wie bereits telegraphisch berichtet wurde, hat gestern das österreichische Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf über das Rekrutierungscontingent mit 289 gegen 103 angenommen.

Der Abgeordnete Dr. Esterle (Glorer) erklärte, die Mobilmachung wünscht am schärflichsten von allen Parteien den Frieden, weil sie im Kriegsfalle gegen ihren eigenen Bruder kämpfen müßten.

Abg. Dr. Guban erklärte namens des katholisch-nationalen Klubs, daß diese mit Rücksicht auf die ungewöhnlich ernste Situation für das Rekrutierungscontingent stimmen werde, ohne damit seine Stellung gegenüber der Regierung zu präjudizieren.

Abg. Chlari erklärte namens des deutsch-nationalen Verbandes: Wir Deutsche in Oesterreich wollen nicht den Krieg, wir wollen den Frieden; aber nicht den Frieden um jeden Preis.

Am Schluß der Sitzung brachte Premier eine Interpellation an über die Mobilisierung sowie über die Kriegsvorbereitungen. Der Präsident weiterte sich, die Beantwortung anzulassen.

Wie aus Budapest berichtet wird, begibt sich der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle heute nach Wien, um mit dem Minister des Aeußeren v. Herzogthal zu konferieren.

Die serbische „Friedensliebe“

Wacht jeht von Tag zu Tage. Die Wiener 'Neue Freie Presse' veröffentlicht über eine Unterredung ihres Belgrader Korrespondenten mit dem serbischen Minister des Aeußeren Milowanowitsch folgenden Bericht:

Der Minister erklärte, es wäre gut, wenn die Mächte einen Schritt unternähmen, noch bevor Serbien seitens des unmittelbar interessierten Oesterreich-Ungarns etwaaen Vorschläge erhalten sollte.

Das serbische Kriegsmaterial.

Nach einem Telegramm aus Saloniki ist von der türkischen Regierung die Erlaubnis eingetroffen, auch den Rest der Munition und der Geschosse von der Ladung des Dampfers 'Erince' und das Dynamit von der Ladung des Dampfers 'Orchis' nach Serbien zu befördern.

Bulgarien wird nervös.

Nach einem Bericht aus Sofia herrscht dort über die neuerliche Verschleppung der endgültigen Regelung der türkisch-bulgarischen Streitfragen großer Unmut, besonders da aus Konstantinopel Nachrichten vorliegen, nach denen von der Türkei die Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens von der vorherigen Lösung verschiedener Fragen wirtschaftlicher und finanzieller Natur abhängig gemacht wird.

Der Poststreik und die Kammer.

Mit einer Vertrauensabstimmung

für die französische Regierung schloß die gestrige Debatte der Deputiertenkammer über den Poststreik. Die Debatte, die bis tief in die Nacht währte, nahm einen sehr erregten Verlauf.

Der Unterstaatssekretär Simon erinnerte daran, daß es die Forderungen der Postbeamten stets erfüllt habe, wenn er sie befreit fand. Die Postbeamten hätten sich ebenfalls wie die Telegraphisten über die Republik zu beschweren.

Der Minister Barthou wies jeden Vorwurf der Unentschiedenheit und der Unangenehmheit über das Eingreifen in die Rechte des Parlamentes zurück. Der Senat sei ihm nicht unangenehm.

Attentat gegen die nationale Souveränität. Ich ist ein einziger auf die nationale Verteidigung. Tappeln werde dem Personal die Möglichkeit gelassen werden, zu seiner Pflicht zurückzukehren.

Die Kammer beschloß hierauf den öffentlichen Anruf der Rede Barthou mit 307 gegen 128 Stimmen. Dann wurde die Sitzung unterbrochen und um 9 1/2 Uhr wieder aufgenommen.

Die Anknüpfungen des Abgeordneten Müllin gegen den Minister Barthou, er habe die nationale Verteidigung mit dieser Streitfrage vermengt, antwortete dieser: Seit drei Tagen hat der Minister des Aeußeren keine Befehle erhalten, die für die nationale Verteidigung das höchste Interesse hätten haben können.

Die Debatte wurde hierauf geschlossen. Der Abgeordnete Bessan verlangte die eingegangene Tagesordnung, die Barthou sprach für eine Tagesordnung Reineach mit 368 gegen 211 Stimmen angenommen.

Das nach der Kammerverhörung versammelte Auslandscomité der Postbeamten versicherte im Gegenzug zu den Behauptungen des Ministers Barthou, daß ein Fall von abhichtlich lässiger Arbeit nicht vorgekommen sei.

Ein Generalstreik in Sicht?

Das Comité zur Verteidigung der Spindelfabrikanten hat beschlossen, zur Unterstützung des Ausstandes der Post- und Telegraphenbeamten die Möglichkeit eines Generalstreiks der Angestellten im Staatsdienst und im öffentlichen Dienst wie auch in Handel und Industrie ins Auge zu fassen, falls nicht der Streik schnell zugunsten der Ausständigen beigelegt wird.

Abgeordneter Schröder erkrankt.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde der Abgeordnete Karl Schröder plötzlich von einer Dünnausfall befallen. Gleichzeitig stellten sich Erbrechen und andere Erscheinungen ein, die auf momentane nervöse Abspannung deuteten.

Eine Einigung über die Tabaksteuer?

Ein Privattelegramm meldet uns: Die Submissionskommission für die Tabaksteuer hat, wie die 'Freie Zig.' aus Berlin erfährt, sich auf einen national-liberalen Antrag geeinigt, wonach neben der Erhöhung der Geoidatsteuer für inländischen